MITREDEN, MITGESTALTEN, MITENTSCHEIDEN.

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung

Allianz Vielfältige Demokratie

Inhalt

Zusammenfassung: **Schaubild „Mitreden, mitgestalten, mitentscheiden“** 4

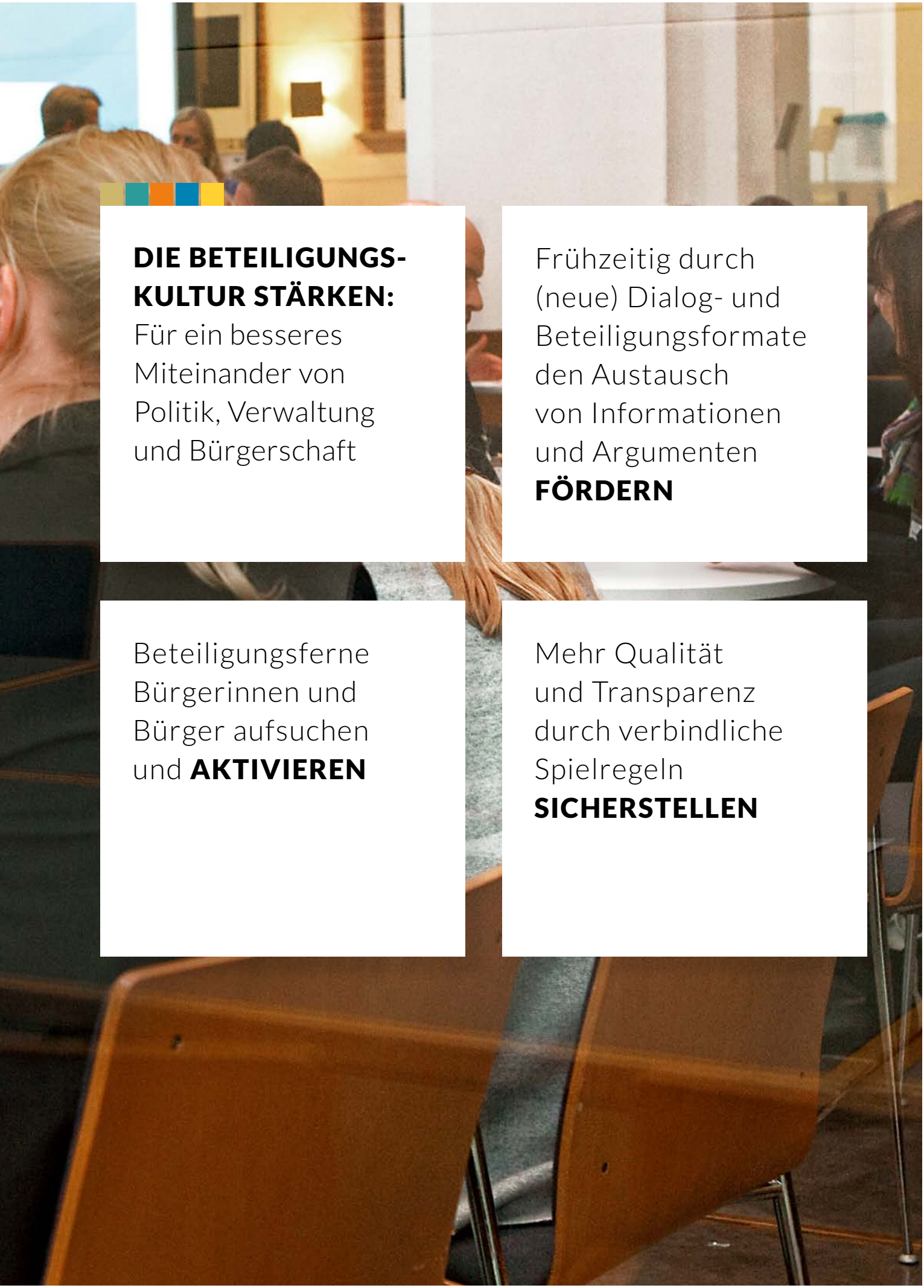
Aktuelle Entwicklungen: **Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden** 6

Empfehlungen: **Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung** 7

Appell: **Initiative „Demokratie beleben – Teilhabe stärken“** 13

Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“ 14

Hintergrund: **Wer ist die Allianz Vielfältige Demokratie?** 16



DIE BETEILIGUNGS-KULTUR STÄRKEN:
Für ein besseres Miteinander von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft

Frühzeitig durch (neue) Dialog- und Beteiligungsformate den Austausch von Informationen und Argumenten **FÖRDERN**

Beteiligungsferne Bürgerinnen und Bürger aufsuchen und **AKTIVIEREN**

Mehr Qualität und Transparenz durch verbindliche Spielregeln **SICHERSTELLEN**

MITREDEN, MITGESTALTEN, MITENTSCHEIDEN

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung

Integrierte Partizipation

IMPULS 1

Direkte, dialogische und repräsentative Beteiligung stärken und miteinander verzahnen

Die Öffnung von Gesetzgebungsverfahren verbessert die Qualität der Gesetze.

Gute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vermindert Konflikte.

Durch Satzungen Bürgerbeteiligung in Kommunen verbindlich verankern.

Die Kombination von Bürgerdialogen mit direktdemokratischen Verfahren schafft bessere Lösungen.

Standards für Abstimmungsinformationen versachlichen die Debatten.

Transparenz

IMPULS 2

Mehr Transparenz über Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse herstellen

Transparenzleitlinien erhöhen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen.

Umfassende Transparenz über Infrastrukturprojekte durch ein zentrales Online-Informationssystem.

Eine systematische Erfassung macht die Vielfalt der Beteiligungsformen sichtbar.

Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden. Bürgerdialoge und direktdemokratische Abstimmungen nehmen in der Praxis unserer repräsentativen Demokratie einen immer größeren Stellenwert ein.

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ – ein von der Bertelsmann Stiftung initiiertes bundesweites Netzwerk aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – beschäftigt sich seit zwei Jahren mit dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung. Die Mitglieder der Allianz verstehen sich als Anwälte für die vielfältige Demokratie. Sie setzen sich für eine Stärkung und ein besseres Zusammenspiel der drei Formen demokratischer Beteiligung (repräsentative, dialogische und direkte, siehe Schaubild Seite 6) ein.

Mehr direkte Kommunikation zwischen Bürgern und Politik, konstruktive Bürgerdialoge und neue Formate der Bürgerbeteiligung beleben unsere Demokratie und können helfen, bessere politische Lösungen zu finden und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Wenn Bürgerinnen und Bürger in heterogen zusammengesetzten Kleingruppen ihre Sorgen und Interessen thematisieren, Hintergründe und Zusammenhänge miteinander diskutieren und Argumente austauschen können, wächst das gegenseitige Verständnis füreinander. Die Bereitschaft steigt, Probleme differenziert zu betrachten und Konsenslösungen zu finden. Wenn Bürgerinnen und Bürger in Bürgerbeteiligungsprojekten erleben, dass sie gehört und ihre Ideen und Belange berücksichtigt werden, dann steigt auch die Bereitschaft zur Kompromissfindung und Mitgestaltung. So können sachorientierte Bürgerdialoge,

Qualität

IMPULS 3

Mehr Qualität von Bürgerbeteiligung durch einen verbindlichen Rahmen

„Leitsätze für Qualität“ sorgen für einen Qualitätsschub:
- Frühzeitiger Start
- Ausreichende Ressourcen
- Klarer Umgang mit Ergebnissen

Verbindliche Rahmenbedingen tragen zur flächendeckenden Anwendung in der Praxis bei.

Breite Beteiligung

IMPULS 4

Menschen inklusiv und breit beteiligen

Aufsuchende und zielgruppenspezifische Ansprache aktiviert zum Mitmachen.

Zufallsauswahl als Garant für unterschiedliche Sichtweisen.

Direkte Formen des Dialogs mit der Politik verbessern die Verständigung.

Durch finanzielle Anreize für „Beteiligungsprojekte“ zur breiten Beteiligung. motivieren.

Kompetenz

IMPULS 5

Partizipations-kompetenzen erwerben und Serviceeinheiten aufbauen

Durch Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung Kompetenzen in Ministerien und Behörden verankern.

Curricula zur Bürgerbeteiligung in Aus- und Weiterbildung einführen.

Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sorgen für Qualität und Professionalität.

Allianz Vielfältige Demokratie

mitgestaltende Beteiligung und Abstimmungen Antworten auf den zunehmenden Populismus und auf steigende Politikverdrossenheit sein.

Mit diesem Papier geben die Mitglieder der Allianz auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und ihrer Expertise fünf Impulse für eine zeitgemäße und stärkere Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden

Wählen allein reicht vielen Menschen nicht mehr. Sie wünschen sich zeitgemäße Wege, wie sie sich direkt, themenorientiert und ganz konkret in politische Diskussionen und Entscheidungen einbringen können. Mehr als drei Viertel der Menschen in Deutschland halten die aktive Mitsprache der Bürger für sehr wichtig, bevor ihre gewählten Vertreter Entscheidungen treffen. Mehr als zwei Drittel wünschen sich, dass Bürgerinnen und Bürger direkt über wichtige Themen entscheiden. Welche Verantwortungsbereitschaft und Gestaltungskraft eine engagierte Bürgerschaft entfalten kann, hat das starke freiwillige Engagement für Geflüchtete in jüngster Zeit eindrucksvoll demonstriert. Umgekehrt wächst aber auch der Anteil in der Bevölkerung, der sich an demokratischen Prozessen nicht beteiligt.

Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr zu Entscheidern

Seit Einführung direktdemokratischer Abstimmungen auf kommunaler Ebene gab es in Deutschland nahezu 7.000 Bürgerbegehren und Ratsreferenden sowie 3.500 Bürgerentscheide. Auf Landesebene haben die Bürger in den 16 Bundesländern weit mehr als 300 direktdemokratische Verfahren eingeleitet.

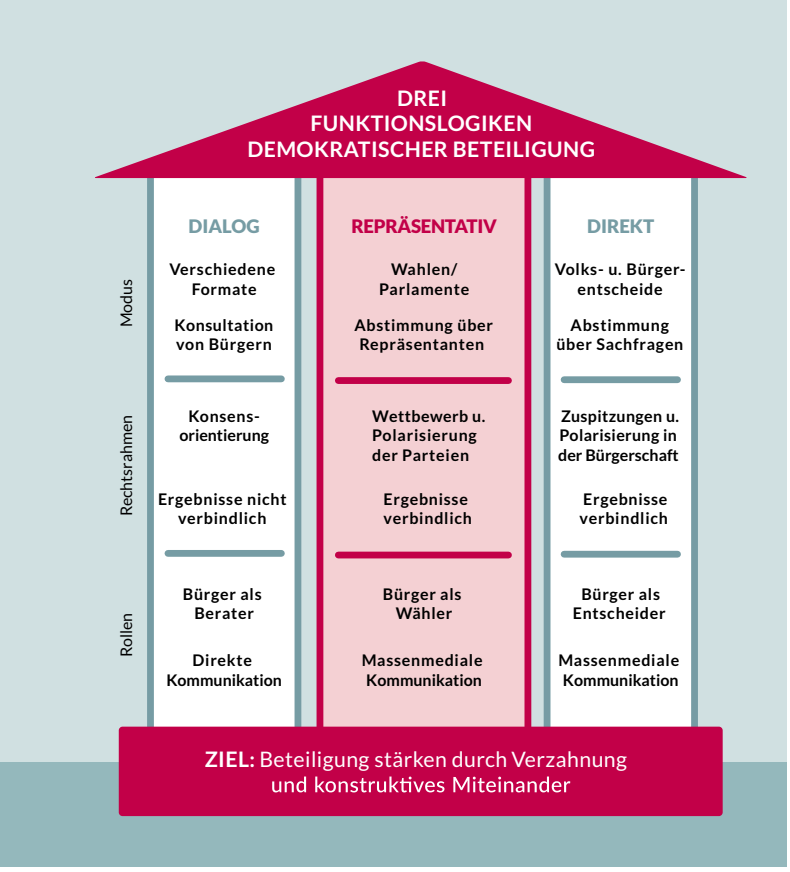
Bürgerinnen und Bürger haben mehr Mitsprache und eine stärkere konsultative Rolle

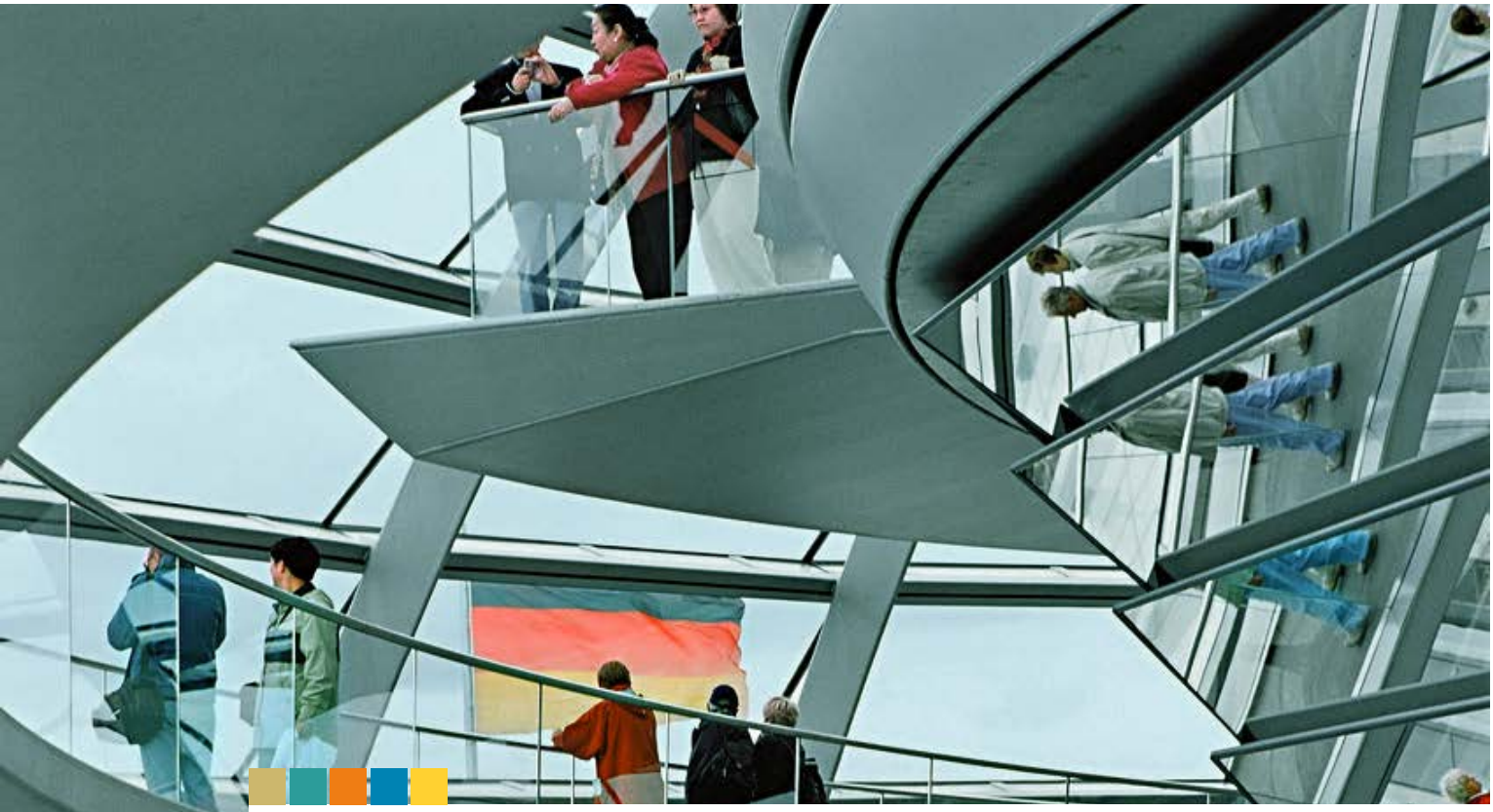
Seit Anfang der 1970er Jahre wurden neue Methoden der Bürgerbeteiligung entwickelt und immer öfter eingesetzt. Eine wachsende Zahl von Kommunen gibt sich durch Leitlinien einen verbindlichen Rahmen für Bürgerbeteiligung und sorgt durch Partizipationsbeauftragte für eine kompetente Umsetzung von Bürgerbeteiligung. In einigen Bundesländern wird die Bevölkerung zunehmend an der Gesetzgebung beteiligt. Auf Bundesebene gibt es Ansätze, die Bürgerschaft bei konkreten politischen Themen zu konsultieren. Auch private Vorhabenträger setzen bei Infrastrukturvorhaben verstärkt auf Bürgerbeteiligung.

Aber: Neue Formen der Beteiligung sind noch nicht gut genug in den Strukturen der repräsentativen Demokratie verankert

Von den mehr als 11.000 Kommunen in Deutschland haben erst ca. 100 verbindliche Beteiligungsleitlinien erarbeitet. Es gibt unrealistische Erwartungen an Bürgerbeteiligung, es fehlen Qualitätsstandards und verbindliche, klare Regelungen zur konsultativen bzw. mitgestaltenden Rolle der Bürgerinnen und Bürger.

Noch viel zu selten werden die direktdemokratischen Instrumente als Chance für einen sachlich fundierten direkten Austausch zwischen Bürgern und Politikern über relevante Fragestellungen genutzt. In der Realität stehen die unterschiedlichen demokratischen Beteiligungsformen häufig isoliert nebeneinander oder werden gegeneinander ausgespielt.





EMPFEHLUNGEN

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung

IMPULS 1

Direkte, dialogische und repräsentative Beteiligung stärken und miteinander verzahnen

Jede Beteiligungsform hat ihre Berechtigung. Durch die Wahl von Repräsentanten bestimmen die Bürgerinnen und Bürger die grundlegende Richtung der Politik. Bürgerbeteiligung, Bürger- und Volksentscheide eröffnen der Bevölkerung zusätzliche Kanäle für eine direkte Einflussnahme auf wichtige politische Themen. Politikerinnen und Politiker erfahren mehr über die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Die Menschen können besser nachvollziehen, wie und warum Entscheidungen zustande kommen. Die Beteiligungsformen können sich gut ergänzen und ihre Stärken besonders dann ausspielen, wenn die Qualität stimmt und sie besser miteinander verzahnt werden.

Die Öffnung von Gesetzgebungsverfahren verbessert die Qualität der Gesetze

Aktuelle Studien in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zeigen: Wenn Bürgerinnen und Bürger bei der Erarbeitung von Gesetzen mitreden können, erhöht dies bei ihnen die Akzeptanz für den politischen Prozess und führt zugleich zu mehr Qualität in der Gesetzgebung. Insbesondere bei kontroversen Themen ist es sinnvoll, über die traditionelle Konsultation von Verbänden hinaus auch die Bürgerinnen und Bürger direkt zu beteiligen. Die Beteiligung einer repräsentativen bzw. nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgergruppe stärkt die Legitimation des Verfahrens.

Gute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vermindert Konflikte

Um die Bevölkerung bei großen Infrastrukturvorhaben besser zu beteiligen, sollte die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung besser mit informellen Beteiligungsverfahren verknüpft werden (wie z.B. bei den Planungen zum Stromnetzausbau). Ganz früh im Planungsprozess, immer dann, wenn ein weichenstellender neuer Planungsabschnitt beginnt, sollte ein sogenanntes „Beteiligungs-Scoping“ durchgeführt werden: die Verantwortlichen erarbeiten partizipativ, mit welchem Ziel welche Beteiligungsformate eingesetzt werden und welche Akteure dabei zu berücksichtigen sind.

Durch Satzungen Bürgerbeteiligung in Kommunen verbindlich verankern und die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger erweitern

Auf kommunaler Ebene hängt Bürgerbeteiligung oft von der Initiative oder vom guten Willen einzelner Behördenmitarbeiter oder Bürger ab. Um das Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft untereinander verlässlicher zu gestalten, sollten Kommunen Leitlinien verabschieden und Bürgerbeteiligungssatzungen erlassen. Diese geben verbindliche Spielregeln für alle Beteiligten vor. Unter anderem wird geregelt, wer Bürgerbeteiligungsprojekte initiiert, an welchen Projekten sich die Menschen beteiligen können, wer für die Durchführung von Dialogverfahren zuständig ist, welche Qualitätsgrundsätze zugrunde gelegt werden und wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungsprojekten umgegangen wird.

Die Kombination von Bürgerdialogen mit direktdemokratischen Verfahren vergrößert die Schnittmengen der Interessen und schafft bessere Lösungen

Durch einen breit angelegten Dialogprozess kann eine polarisierende Debatte im Vorfeld einer direktdemokratischen Abstimmung versachlicht werden. Ein frühzeitiger, auf einer guten Informationsbasis durchgeführter Dialogprozess führt zu reflektierten Entscheidungen der Abstimmenden und kann sogar zu Lösungen beitragen, die eine direktdemokratische Abstimmung überflüssig machen.

Standards für Abstimmungsinformationen versachlichen die Debatten

Für jeden Bürgerentscheid und für jede Volksabstimmung sollten Informationsstandards gelten, so dass jeder Abstimmungsberechtigte eine Abstimmungsbroschüre mit vollständigen, ausgewogenen, faktenbasierten und verständlichen Informationen erhält. Standards für Abstimmungsinformationen sind die Grundlage für sachorientierte Abwägungen.

IMPULS 2

Mehr Transparenz über Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse herstellen

Umfassende Transparenz mit einfachem und fairem Zugang zu Informationen ist die Grundlage jeder Beteiligung und der Schlüssel für den Erfolg von Beteiligungsprozessen. Die Möglichkeiten, sich zu informieren und mitzudiskutieren, sind nicht zuletzt dank der digitalen Medien enorm angestiegen.

Transparenzleitlinien erhöhen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen

Leitlinien und Satzungen für Transparenz bei Beteiligungsprojekten stellen eine Selbstverpflichtung für politisch Verantwortliche und Projektverantwortliche in Verwaltungen und bei privaten Vorhabenträgern dar. Sie stellen sicher, dass Informationen über Inhalte, Verfahrensschritte und Interessen bereitgestellt werden. So wird die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger gefördert und die Nachvollziehbarkeit von politischen und projektbezogenen Entscheidungen erhöht.

Umfassende Transparenz über Infrastrukturprojekte durch ein zentrales Online-Informationssystem

Für Infrastrukturprojekte reichen die momentan geltenden, gesetzlich vorgeschriebenen Informationen nicht mehr aus. Eine umfassende, ausgewogene, sachliche und verständliche Darstellung sollte für alle großen Infrastrukturprojekte über alle Planungsphasen und Verwaltungsebenen hinweg zur Pflicht werden. Wünschenswert ist ein abgestimmtes, zentrales Online-Informationssystem (Internet-Portal) mit je einer eigenen einheitlich strukturierten Darstellung der Infrastrukturprojekte. Dieses sollte mit Beginn der Planung die Informationen über alle Planungsphasen bis zur Realisierung abbilden.

Eine systematische Erfassung macht die Vielfalt der Beteiligungsformen sichtbar

Das Bild der vielfältigen Demokratie ist an einem wesentlichen Punkt unscharf. Während Wahlergebnisse amtlich erhoben und Abstimmungsergebnisse in universitären Datenbanken dokumentiert werden, liegen kaum systematisch gesammelte Daten über Bürgerbeteiligungsprozesse in Bund, Ländern und Kommunen vor. Um den Mut zum Dialog zu steigern, voneinander zu lernen und die Qualität zu verbessern, ist es nötig, diese Verfahren zu erfassen und öffentlich zur Verfügung zu stellen. Evaluationen und regelmäßige Beteiligungsberichte helfen, belastbare Aussagen über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Beteiligungsformen zu treffen.

IMPULS 3

Mehr Qualität von Bürgerbeteiligung durch einen verbindlichen Rahmen

Immer noch scheitern Bürgerbeteiligungsverfahren, weil sie schlecht gemacht werden. Das führt zu Frust bei allen Beteiligten und diskreditiert die Idee der Partizipation.

Zahlreiche Evaluationen zeigen: Nur professionell und gut gemachte Beteiligung hilft der Demokratie, schafft Zufriedenheit und Vertrauen, stärkt die repräsentativen Institutionen und sorgt für besser durchdachte Entscheidungen. Daher ist es erforderlich, die vielseitig vorhandenen Erfahrungen und die Anforderungen an eine hohe Qualität in „Leitsätze für Qualität“ zusammenzutragen und die Rahmenbedingungen für ihre flächendeckende Anwendung zu schaffen.

„Leitsätze für Qualität“ sorgen für einen Qualitätsschub

Für eine bessere Beteiligungspraxis braucht es einen Qualitätsschub. Die Leitsätze für die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren sollten Anforderungen u.a. zum frühzeitigen Start von Bürgerbeteiligung, zur angemessenen Ressourcenausstattung und zum klaren Umgang mit den Ergebnissen („Rechenschaftslegung“) enthalten. Die Leitsätze für Qualität sind wie Leitplanken, die Orientierung und Sicherheit geben; die konkrete Ausgestaltung des Beteiligungsverfahrens bleibt flexibel und passgenau auf das jeweilige Projekt zugeschnitten.

Verbindliche Rahmenbedingungen tragen zur flächendeckenden Anwendung in der Praxis bei

Kommunen, Landes- und Bundesbehörden sollten für verbindliche Rahmenbedingungen zur Verbreitung und Anwendung in der Praxis sorgen, z.B. durch einen Verhaltenskodex, durch institutionelle Selbstverpflichtungen bzw. Satzungen und durch Verordnungen bzw. gesetzliche Regelungen.

IMPULS 4

Menschen inklusiv und breit beteiligen

Es wächst der Anteil in der Bevölkerung, der sich an demokratischen Prozessen überhaupt nicht beteiligt; das gilt vor allem für die benachteiligten Milieus. Wie bei der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung erleben wir auch bei der Bürgerbeteiligung eine soziale Spaltung: Menschen mit niedriger formaler Bildung nutzen die vorhandenen Angebote deutlich seltener.

Aufsuchende und zielgruppenspezifische Ansprache aktiviert zum Mitmachen

Sachorientierte Dialogformate und mitgestaltende Beteiligungsformen wirken gegen einseitige Information und Pauschalurteile, Polarisierung und einfache Lösungen. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern eine Alternative zu Politiker-Abstrafungen, Protestwahlen und Populismus. Deshalb sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um laute „Wutbürger", stille Bürgergruppen, bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge Erwachsene und Familien sowie Menschen mit Migrationshintergrund in Partizipationsprozesse einzubeziehen. Wir verfügen über eine Fülle von Beteiligungsmodellen und über aufsuchende Formate, wie sie z. B. in Gebieten der „Sozialen Stadt" praktiziert werden. Sie sind geeignet für die Ansprache beteiligungsferner Gruppen, werden jedoch noch viel zu selten angewendet. Es gilt, diese Formate auch zu nutzen, sie mit bestehenden Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu verknüpfen und sie zu verbreiten.

Zufallsauswahl als Garant für unterschiedliche Sichtweisen

Auch die Beteiligung von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern kann zu einer breiteren Beteiligung führen. Sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Menschen eingebunden, so ist ein Querschnitt der Bevölkerung vertreten, der eine Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Sichtweisen in den Dialog einbringt.

Direkte Formen des Dialogs mit der Politik verbessern die Verständigung

Der direkte persönliche Austausch zwischen Bürgern und Politikern ist für das gegenseitige Verständnis unverzichtbar. Traditionelle Formen der Meinungsbildung wie z. B. sonntägliche Stammtischgespräche sind für viele Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr attraktiv. Moderne Formen des direkten Dialogs wie Open Space-Formate und Social Media sollten verstärkt von den Parteien und den gewählten Repräsentanten genutzt und praktiziert werden.

In den Kommunal-Verfassungen von sieben Bundesländern ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (z. B. durch eine Jugendvertretung) verpflichtend geregelt. Junge Menschen lernen so frühzeitig, Politik mitzugestalten und demokratische Spielregeln zu praktizieren. Diese Regelungen in den Kommunalverfassungen sollten Vorbild sein für Regelungen in den anderen Bundesländern.

Durch finanzielle Anreize für „Beteiligungsprojekte" zur breiten Beteiligung motivieren

Fördermittel und Fonds sind Anreize, Anstrengungen zur Aktivierung beteiligungsferner Gruppen zu ergreifen. Das aktive Bemühen zur chancengleichen Einbeziehung beteiligungsferner Gruppen sollte ein Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln sein. Das betrifft nicht nur das Programm Nationale Stadtentwicklungspolitik (NSP) und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt", sondern auch Programme aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft, Energie und Verkehr. Wie das Förderprogramm „Flüchtlingsdialoge" in Baden-Württemberg zeigt, können auch durch neue (unkomplizierte) Förderprogramme beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen aktiviert werden.

Darüber hinaus sind Bürgerbudgets und Verfügungsfonds für konkrete Projekte ein guter Hebel für die Bürgerinnen und Bürger, das eigene Umfeld mitzugestalten.

IMPULS 5

Partizipationskompetenzen erwerben und Serviceeinheiten aufbauen

Gute und erfolgreiche Beteiligungsprozesse benötigen ein modernes Rollen- und Aufgabenverständnis. Um notwendige Kompetenzen zu erwerben, muss das Know-how in der Politik und in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen verankert werden.

Durch Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung Kompetenzen in Ministerien und Behörden verankern

So wie es Bürgerbeteiligungsbeauftragte in Kommunen gibt, sollte es auf der Bundesebene, der Länderebene und bei untergeordneten Behörden Unterstützungsstrukturen geben. Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung sollten geschaffen werden, die beratend und unterstützend für andere Einheiten tätig werden. Darüber hinaus sollte es ein zentrales unabhängiges Kompetenzzentrum für Dokumentation, übergreifende Qualitäts- und Wirkungsanalysen sowie für Beratung und Qualifizierung geben.

Curricula zur Bürgerbeteiligung in Aus- und Weiterbildung einführen

Für alle mit Bürgerbeteiligung befassten Personen aus Verwaltung und Politik (z. B. Stadt- und Gemeinderäte) sollte es passgenaue Weiterbildungsangebote geben und von diesen ergriffen werden. Im Rahmen der Verwaltungsausbildung bzw. eines -studiums sollte der Kompetenzerwerb zum Thema „Bürgerbeteiligung“ ein fester Bestandteil der Curricula sein. Entsprechende Kenntnisse erleichtern es, den Wert von Beteiligung zu erkennen, Beteiligungsprozesse zu initiieren, aktiv mitzugestalten, deren Qualität zu überprüfen und die eigene Rolle darin zu definieren.

Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sorgen für Qualität und Professionalität

Neben den personellen Ressourcen sollten für Bürgerbeteiligung zuständige Organisationseinheiten in den Verwaltungen / Behörden und bei öffentlichen und privaten Vorhabenträgern auch finanziell besser ausgestattet werden, um verstärkt Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen zu können und die Beteiligungsverfahren professionell in guter Qualität durchführen zu können.

Sinnvoll ist es auch, bestehende Netzwerke zur Bürgerbeteiligung und zur Engagement Förderung zu nutzen und zu fördern.

APPELL

Initiative „Demokratie beleben – Teilhabe stärken“

Die Weiterentwicklung demokratischer Beteiligungsformen ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Dazu bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Diskurses. Eine Initiative von Bürgerschaft und Politik kann dazu beitragen, die Debatte über die demokratische Beteiligung und die Belebung unserer Demokratie zu intensivieren. Im Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft können strukturelle Fragen diskutiert und konkrete Reformvorschläge zur Stärkung demokratischer Teilhabe erörtert werden.

Das Thema „Stärkung demokratischer Teilhabe“ legt eine beteiligungsorientierte Ausgestaltung der Initiative nahe. Denkbare Formate sind z. B. Bürgerdialoge unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, Bürgerdialoge kombiniert mit einer Enquete Kommission des Bundestags oder Bürgerdialoge, die von Bürgerschaft und Politik gemeinsam und gleichberechtigt getragen werden (z. B. organisiert durch Vertreter der Zivilgesellschaft und der Politik).

Die Initiative auf Bundesebene kann durch lokale und regionale Dialogformate und eine interaktive Internetpräsenz begleitet werden.

Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“

Moritz	**Ader**	OECD, Paris
Dr. Rolf	**Alter**	OECD, Paris
Professor Dr. Jürgen	**Aring**	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Marcel	**Atoui**	SPD Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Elisabeth	**Baden-Prahl**	Landeshauptstadt Hannover
Dirk	**Bartel**	Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Dr. Johanna	**Becker-Strunk**	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Michaela	**Bonan**	Stadt Dortmund
Christiane	**Boschin-Heinz**	Stadt Paderborn
Dr. Volker M.	**Brennecke**	Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf
Dr. Alexandra	**Bürger**	Bayerische Staatskanzlei, München
Albertus J.	**Bujard**	Mitglied im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg
Marita	**Bussieweke**	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Rainer	**Carius**	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Susanne	**Cassel**	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Christoph	**Charlier**	Abteilungsleiter a. D., Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Gregor	**Dehmel**	Politik zum Anfassen e. V., Isernhagen
Dr. Christine	**Dörner**	Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg, Karlsruhe
Almuth	**Draeger**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Karin	**Druba**	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Anne	**Dwertmann**	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus GmbH
Ute	**Ehren**	Stadt Detmold
Roland	**Eichmann**	Bürgermeister der Stadt Friedberg
Martina	**Eick**	Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
Gisela	**Erler**	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Norbert	**Feith**	Oberbürgermeister a. D. Solingen
Wolfgang	**Feldwisch**	Leiter Großprojekte a. D., DB Netz AG, Berlin
Dr. Björn	**Fleischer**	Open.NRW Geschäftsstelle, Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Ines	**Franke**	Stadt Freiburg
Lisa	**Freigang**	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., Bonn
Dr. Miriam	**Freudenberger**	Initiative Allianz für Beteiligung e. V., Stuttgart
Dr. Klaus	**Freytag**	Ministerium für Wirtschaft und Energie, Potsdam
Dr. Raban Daniel	**Fuhrmann**	Procedere Verbund, Konstanz
André	**Gerling**	Stadt Minden
Dr. Heribert	**Gisch**	Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU, Nohfelden
Ruth	**Glörfeld**	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dr. Markus	**Grünewald**	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam

Franz-Reinhard	**Habbel**	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
Gerald	**Häfner**	Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlamentes; Vorstand Democracy International, Dornach
Joachim	**Hahn**	Stadt Heidelberg
Thomas	**Haigis**	Stadt Filderstadt
Bernd	**Hallenberg**	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Monika	**Hanisch**	Stadt Essen
Dr. Klaus-Peter	**Heinrich**	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael	**Heinze**	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Kurt	**Herzberg**	Thüringer Landtag, Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Erfurt
Ralph	**Hiltrop**	Stadt Witten
Anna	**Hogeback**	Landeshauptstadt München
Fredi	**Holz**	Sächsische Staatskanzlei, Dresden
Marie	**Hoppe**	Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bürgerstiftung Bremen
Dr. Thomas	**Huber**	Bayerische Staatskanzlei, München
Dr. Jochen	**Hucke**	BeGeno16 - Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
Dr. Christian	**Huesmann**	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Silke	**Jansen**	LANXESS AG , Köln
Frauke	**Janßen**	Bundes-SGK, Berlin
Dr. Christoph	**Jessen**	Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung, Kiel-Molfsee
Frank	**Jessen**	Integralis e. V., Duisburg
Imke	**Jung-Kroh**	Stadt Darmstadt
Stefan	**Kämper**	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Eberhard	**Kanski**	Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf
Dr. Susanna	**Kahlefeld**	Abgeordnetenhaus von Berlin
Antje	**Kapek**	Abgeordnetenhaus von Berlin
Roswitha	**Keicher**	Stadt Heilbronn
Werner	**Keil**	KÖLN MITGESTALTEN – Netzwerk für Beteiligungskultur, Köln
Wolfgang	**Klameth**	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Katja	**Klee**	Gemeinde Weyarn
Dr. Ansgar	**Klein**	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Wolfgang	**Klenk**	Breuninger Stiftung GmbH, Stuttgart
Jens	**Kronsbein**	Bezirksregierung Detmold
Dr. Thomas	**Kuder**	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Manuel	**Kühn**	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dirk	**Lahmann**	Stadt Bonn
Dagmar	**Langguth**	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover
Ralf	**Laumer**	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dieter	**Lehmann**	Stadt Schwäbisch Gmünd
Dr. Thomas	**Letz**	Senatskanzlei Berlin

Anja	**Lutz**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Claudius B.	**Lieven**	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg
Toni	**Loosen-Bach**	Stadt Trier
Meike	**Lücke**	Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung", Brake
Dr. Dennis	**Maelzer**	Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Detmold
Dr. Dirk	**Manthey**	50Hertz Transmission GmbH, Berlin
Andreas	**Matthes**	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dr. Siegfried	**Mauch**	Bereichsleiter a. D., Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
Christoph	**Meineke**	Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen / Deister
Nikolaj	**Midasch**	Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
Renate	**Mitterhuber**	Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
Martin	**Müller**	Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Michael	**Münnich**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Heinz-Martin	**Muhle**	Stadt Hamm
Peter	**Myrczik**	Stadt Mannheim
Monika	**Nickles**	Stadt Erlangen
Claudine	**Nierth**	Mehr Demokratie e. V., Raa Besenbek
Dr. Asiye	**Öztürk**	Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Monika	**Ollig**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hanna	**Ossowski**	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW Gelsenkirchen
Michael	**Paak**	Stadt Sindelfingen
Dr. Andreas	**Paust**	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Claudia	**Peschen**	Stadt Remseck am Neckar
Timo	**Peters**	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Professor Dr. Uwe	**Pfenning**	Lehrstuhl für Umwelt- und Techniksoziologie der Universität Stuttgart
Michaela	**Piltz**	Stadt Freiburg
Dieter	**Posch**	Staatsminister a. D., Hessen
Karin	**Prien**	Hamburgische Bürgerschaft, Hamburg
Dr. Werner	**Reh**	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Berlin
Fabian	**Reidinger**	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Bettina	**Reimann**	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Anna	**Renkamp**	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Thomas	**Richert**	Stellvertreter der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Landtag Schleswig-Holstein, Kiel
Stefan	**Richter**	Stiftung Zukunft Berlin
Michael	**Sack**	Bürgermeister der Stadt Loitz
Michael	**Schell**	Stadt Wiehl
Daniel	**Schily**	Democracy International e. V., Köln
Robert	**Schleider**	Stadt Halle (Saale)
Michael	**Schneider**	Stadt Mühlheim am Main
Saskia	**Schnell**	Flughafen München GmbH
Michael	**Schubek**	FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
Anne	**Schubert**	Stadt Zella-Mehlis
Dr. Lilian	**Schwalb**	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Christiane	**Schwarte**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin

Stephan	**Siegert**	Femern A/S, København V
Hanns-Jörg	**Sippel**	Stiftung MITARBEIT, Bonn
Susanne	**Socher**	Mehr Demokratie e. V., München
Dr. Rainer	**Sprengel**	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Imke	**Steinmeyer**	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
Dr. Manfred	**Sternberg**	Bundes-SGK, Berlin
Marius	**Strecker**	TenneT TSO GmbH, Bayreuth
Petra	**Türke**	Stadt Wolfsburg
Frank	**Ulmer**	Im Auftrag der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Carola	**Veit**	Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg
Dr. Antoine	**Vergne**	Missions Publiques, Paris
Bernd	**Villwock**	Sprecher des Steuerungsgremiums, Gemeinde Weyarn
Ernst	**Weidl**	Gemeinderat Weyarn
Dr. Oliver	**Weigel**	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hannes	**Wezel**	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Annette	**Wiese-Krukowska**	Landeshauptstadt Kiel
Volker	**Wilke**	GAR in NRW, Düsseldorf
Dr. Winfried	**Wilkens**	Landkreis Osnabrück
Mona	**Winkelmann**	Stadt Frankfurt am Main
Katrin	**Wolter**	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim
Evelyn	**Wurm**	Stadt Solingen
Frank	**Zimmermann**	Stadt Heidelberg

Impressum

© Mai 2017
Allianz Vielfältige Demokratie

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Anna Renkamp

Formuliert auf Basis der Expertise und Erfahrungen der Mitglieder der Allianz Vielfältige Demokratie von Roland Roth, Anna Renkamp, Andreas Paust

Grafikdesign
Dietlind Ehlers, Bielefeld

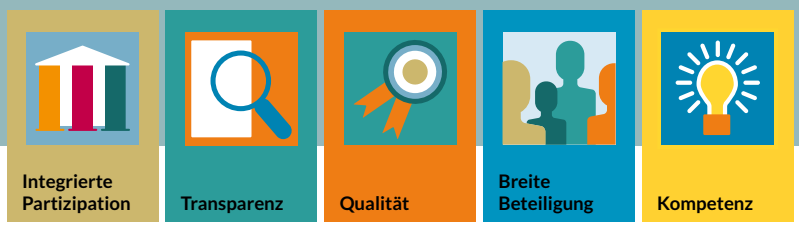
Bildnachweis
Mirko Krizanovic,
Thomas Kunsch

Druck
Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Wer ist die Allianz Vielfältige Demokratie?

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ ist ein Netzwerk aus 120 Vordenkern und Praktikern aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Sie wurde von der Bertelsmann Stiftung initiiert und am 1. Oktober 2015 gegründet. Die Allianz will die Bürgerbeteiligung stärken und einen Beitrag zu einem konstruktiven Zusammenwirken von dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung leisten. Um der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegenzuwirken, setzt sie sich für inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ein.

Die Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen arbeiten bis Anfang 2018 zusammen an der Gestaltung der vielfältigen Demokratie. Sie bringen hierfür ihre persönlichen Erfahrungen und ihre Expertise ein. Sie entwickeln, erproben und implementieren konkrete Lösungen für die demokratische Praxis.



Kontakt
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anna Renkamp
Telefon: +49 5241 81-81145
anna.renkamp@
bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie